

Jeder Sechste ist von Armut betroffen

Zahl der Armutsgefährdeten österreichweit rückläufig, in Vorarlberg auf Niveau von 2008.

WIEN 1,5 Millionen Menschen waren in Österreich 2018 armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das sind um 187.000 Personen weniger als vor zehn Jahren. Der Bevölkerungs-

anteil der Betroffenen sank im gleichen Zeitraum von 20,6 auf 17,5 Prozent. Allein in Vorarlberg blieb er im Vergleich zu 2008 mit 22 Prozent unverändert. Michael

Dietrich von der Armutskonferenz kritisiert, dass sich Vorarlberg nach Wien mit der zweithöchsten Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung als Schlusslicht etabliert habe.

Den Höchststand hat das Land 2015 mit 26 Prozent oder 98.000 Betroffenen erreicht. 2018 waren es 22 Prozent und 87.000 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete. »A3

Kein TV, kein Auto, kein Handy

Während die Armutsgefährdung österreichweit rückläufig ist, bleibt sie in Vorarlberg gleich.

WIEN 1,51 Millionen Menschen sind in Österreich von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Das ist ein Fortschritt. Denn vor zehn Jahren waren es noch 187.000 Personen mehr, wie die aktuelle EU-SILC-Erhebung ergibt. In Vorarlberg hat sich im Vergleich dazu kaum etwas geändert. Hier sind heute wie damals weiterhin über 80.000 Menschen armuts- und ausgrenzungsgefährdet.

Wer zu den Betroffenen gehört, wird mit drei Indikatoren bestimmt. Demnach ist armutsgefährdet, wer alleine lebt und weniger als 1259 Euro pro Monat (zwölf Mal im Jahr) inklusive aller Beihilfen zur Verfügung hat. Bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern liegt die Grenze bei 2643 Euro. In Österreich schaffen es 1,24 Millionen Menschen nicht, die Armutsgefährdungsschwelle zu überwinden.

Indikator 2 umfasst 243.000 materiell Benachteiligte. Auf sie treffen vier der folgenden Merkmale zu: Sie können ihre Rechnungen nicht zeitgerecht zahlen, sind bei unerwarteten Ausgaben existenziell bedroht oder müssen in ihrer Wohnung frieren. Sie haben zu we-



nig Geld für eine Waschmaschine, ein TV-Gerät, ein Handy oder ein Auto. Urlaub ist ohnehin nicht drinnen; auch nicht jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen.

Indikator 3 trifft auf weitere 480.000 Menschen unter 60 Jahren zu. Sie sind nicht oder kaum erwerbstätig.

Dass unterm Strich rund 1,5 Millionen Menschen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, liegt daran, dass mehrere Indikatoren auf eine Person zutreffen können. So sind etwa 82.000 Personen in allen drei genannten Dimensionen benachteiligt.

Österreichweit ist die Zahl der Betroffenen nicht nur absolut, sondern auch gemessen an der Bevölkerung gesunken. Machte ihr Anteil

vor zehn Jahren 20,6 Prozent aus, waren es 2018 noch 17,5 Prozent. Diese Entwicklung spiegelt sich in



„Vorarlberg ist bei Haushaltseinkommen der unteren 25 Prozent auf dem vorletzten Platz.“

Michael Dietrich
Armutskonferenz

den Zahlen aller Bundesländer wider. Nur in Vorarlberg nicht. Hier hat sich langfristig gesehen kaum

etwas getan. Waren vor zehn Jahren 84.000 Personen oder 22 Prozent der Bevölkerung armuts- und ausgrenzungsgefährdet, sind es 2018 noch immer 22 Prozent oder 87.000 gewesen. Mit diesem Wert sei das Land schon immer Spitzenreiter, befindet Michael Dietrich von der Armutskonferenz. Zwar seien die Einkommen in Vorarlberg vergleichsweise gut, allerdings stünden „die unteren 25 Prozent“ mit ihren Haushaltseinkommen besonders schlecht da. Den österreichweiten Rückgang an Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten begründet Dietrich mit der Konjunktur. Da der Aufschwung nicht ewig anhalte, brauche es dringend Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme.

Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) kündigt unter anderem an, dass die Bundesregierung die Krankenversicherungsbeiträge für Menschen mit geringem Einkommen senken werde. Die „Frühen Hilfen“ im Gesundheitswesen für Schwangere und Jungfamilien würden ausgebaut, ebenso wie Kinderbetreuungsplätze. Dass Österreich die von der EU festgelegten Ziele noch nicht erreicht hat, nimmt Hartinger-Klein zur Kenntnis. Die Zahl der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten hätten demnach zwischen bis 2020 um 235.000 Personen sinken müssen. Im EU-Vergleich liegt Österreich aber seit Jahren im besten Drittel.

BIRGIT ENTNER-GERHOLD, WIEN
birgit.entner-gerhold@vn.at
01 3177834

STICHWORT

EU-SILC

ist eine Erhebung zu den Lebensbedingungen der Privathaushalte in der Europäischen Union. Auch die Republik Österreich nimmt, vertreten durch die Statistik Austria, seit 2003 an diesem Projekt teil. Die Ergebnisse bilden eine wichtige Grundlage für die Sozialpolitik. Jährlich nehmen in Österreich rund 6000 Haushalte an der Erhebung teil.

Widerstand gegen Sozialhilfe neu

Koalitionsstreit in der Vorarlberger Landesregierung

Bregenz – Schwarz spricht von sozialer Gerechtigkeit, Grün von Sozialabbau. Die Differenzen in der Vorarlberger Landesregierung zur Sozialhilfe neu sind beträchtlich. Sie werde weiter Widerstand gegen dieses Gesetz leisten, kündigte Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker (Grüne) bei der Landesversammlung ihrer Partei am Donnerstagabend an.

Unterstützung erwartet sie sich von der Westachse, den schwarz-grün regierten westlichen Bundesländern: „Sie sind eine schwarz-grüne Stützmauer gegen den türkis-blauen Sozialabbau.“ Wiesflecker sieht keine Notwendigkeit, die Mindestsicherung neu zu regeln: „Das Bundesgesetz brauchen wir nicht, weil wir in den Ländern Mindestsicherungsgesetze haben, die funktionieren, verfassungskonform sind und vor allem für Familien Sicherheit bieten.“

Das monatliche Monitoring zeige, dass die Ausgaben für das unterste finanzielle Absicherungsnetz seit Juni 2015 auf dem gleichen Niveau stünden: „Wir hatten im März 2019 Ausgaben von 2,7 Millionen Euro für 3400 Bedarfsgemeinschaften. Im Juni 2015 waren es 2,6 Millionen Euro für 3300.“ Ziele des neuen Gesetzes seien allein Stimmungsmache und Machtspiele, kritisiert Wiesflecker: „Es geht um Inländer gegen Ausländer. Man spielt Gruppen, die wenig haben, gegeneinander aus. Das ist ein politisches Machtspiel Bund gegen Wien auf dem Rücken der

Mindestsicherungsbezieher.“ Besonders betroffen von der Neuregelung seien Kinder und Jugendliche, gibt die Grüne zu bedenken. 40 Prozent der Bezieher fielen in diese Bevölkerungsgruppe. Wiesflecker: „Sie müssen den Preis für diese Politik bezahlen, ihre Armut wird verfestigt.“

Vorarlberg werde das Gesetz fristgerecht umsetzen, kontert VP-Klubobmann Roland Frühstück, alles andere wäre Verfassungsbruch. Natürlich bleibe man verfassungskonform, erwidert Wiesflecker. Sie wolle aber beim Ausführungsgesetz, das Vorarlberg wie alle Bundesländer machen müsse, alle nur möglichen Spielräume nutzen: „Da werden wir gut verhandeln“.

Laut aktueller Berechnung von Statistik Austria waren 2018 in Vorarlberg 22 Prozent der Bevölkerung, das sind 87.000 Menschen, armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Vor zehn Jahren hätte man die gleichen Werte gehabt, sagt Michael Diettrich, Sprecher der Vorarlberger

Armutskonferenz.

Das Hochpreisland zeige sich im Bundesländervergleich seit 2008 als das Bundesland mit der zweithöchsten Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung. Ein Umstand, der sich mit drohendem Konjunkturreinbruch nicht ändern werde, befürchtet der Sozialmanager – und fordert von der Bundesregierung statt Sozialabbau Programme zur Ankurbelung der Konjunktur und des Arbeitsmarkts. (jub)



Wiesflecker mobilisiert im Westen gegen Sozialhilfe.

Foto: Grüne